

Rheinische Nachrichten

Braubacher Zeitung — Anzeiger für Stadt und Land

Erscheint täglich

mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage.

Inserate kosten die gespaltene
Zeile oder deren Raum 20 Pfg.

Kleinanzeigen pro Zeile 50 Pfg.

Amtsblatt der

Verantwortlicher Redakteur: A. Lemb.

Fernsprech-Anschluß Nr. 30.

Postfach-Konto:

Frankfurt a. Main Nr. 7639.

Druck und Verlag der Buchdruckerei von
A. Lemb in Braubach a. Rhein.



Stadt Braubach.

Gratisbeilagen:

Jährlich zweimal Fahrplan und
einmal Kalender.

Geschäftsstelle: Friedrichstraße Nr. 13.

Redaktionschluß: 10 Uhr vormittags.

Bezugspreis:

Monatlich 70 Pfg.

Durch die Post bezogen:

Vierteljährlich 2,10 Mark.

Von derselben frei ins Haus
geliefert 2,52 Mark.

Nr. 90.

Braubach a. Rhein, Donnerstag, den 18. April 1918.

28. Jahrgang.

Die Frage an den Arzt.

Graf Ottomar Theobald v. Czernin, Kaiser Karls
Hausminister und Vizepräsident der auswärtigen Angelegenheiten,
hat am Sonntag Kaiser Karl
am Entlassung aus seinen bürdenreichen Ämtern gebeten und
die Entlassung erhalten. Es ist nicht zu leugnen, daß
damit ein Staatsmann vom politischen Schauplatz abtritt,
dessen Stimme stets weltpolitisches Echo fand und des
österreichisch-ungarischen Standpunkt geschickt vertrat, viel-
leicht ihn allzufrüh in den Vordergrund schob.

Weshalb ging er? Anscheinend einer Formfrage
halber. Graf Czernin hat kein Nehl daraus gemacht, vor
Kaiser Karls Privatbrief vom 17. März 1917 an den
Bruder der Kaiserin Sisi, Prinz Sixt von Bourbon
nichts gewußt zu haben. Graf Czernin scheint also
seine Rede vor dem Wiener Gemeinderat, in der er ent-
hielt, daß die Offensive kommen mußte, weil Clemenceau
auf die Reichslande nicht verzichten wollte, ohne Kenntnis
dieses Briefes gehalten zu haben. Das Duell Clemenceau-
Czernin wurde durch die Veröffentlichung des ver-
fälschten Briefes Kaiser Karls zu einem Duell Clemen-
tau-Kaiser Karl. Graf Czernin wollte und konnte nicht
in dieses Duell eingreifen, da er an der Abfassung des
Briefes unbeteiligt war. Als Anhänger des parlamentarischen
Systems trat er daher zurück.

Unzweifelhaft liegen aber noch andere Gründe für
seinen Rücktritt vor. Der Graf ist stets unbedingter An-
hänger einer Verständigung gewesen; gleich seine erste
Umstimmung war das erste Friedensangebot der Mittel-
mächte. Er, auf Balfours schlüssigen diplomatischen
Wörter eintrifft, trat als Botschafter des Vertrauens, hat
immer wieder das Banner der Verständigung geführt, trotz
aller Ablehnungen und Schwächen vom Kaiserhof und
Kaiser Karl hat ebenfalls Verständigungsbestrebungen
unterstützt und aus dieser Stimmung heraus den Brief an
den Schwager aus dem Hause Bourbon geschrieben. Der
Senator und Minister im Kabinett Bainlevé Sembat
wurde in einer Veröffentlichung, die sich übrigens scharf
gegen Clemenceau wendet, sogar von zwei Briefen Kaiser
Karls in der Richtung der Friedensanbahnung. Welcher
vernünftige deutsche Mensch, sofern er nicht von
Clemenceauscher Geistesverfassung, kann aber in dem
Versuch, den Frieden herbeizuführen, etwas Schlechtes
finden?

Prinz Sixt hat den Brief des Kaisers, wie die neueste
Presse aus Paris behauptet, einem Freunde zur Abschrift
überlassen und diese Abschrift will die französische Re-
gierung in Händen haben. In dieser Abschrift ist die Ver-
fälschung des Textes enthalten. Kaiser Karl hat erklärt,
daß die Veröffentlichung eine Äußerung über die Reichs-
lande auf den Kopf. Wo ist aber der Fälscher? Prinz
Sixt sei, behauptet Kaiser Karl, ein ehrenhafter Charakter.
Man kann man nicht gerade behaupten, daß die Herren an
der Seine und der Bonaparte Clemenceau solche Charaktere
waren. Brieföffnungen sind in Frankreich seit alters
her politische Kampfmittel. Waren es im berühmtesten
Trennungsgeschehen, spielten eine Rolle als Clemenceau be-
schuldigt wurde, von England monatlich 3000 Franken zu
erhalten und darüber von seinen Bourbonner Wählern von
seinem Kammerdiener gesagt wurde. Herr Gaillaud,
der jetzt in einer Zeile des Matin de Santé, des
„Gesundheitsbotes“, ist, weiß artige Stücke von Herrn
Clemenceau — Geschicklichkeit im Umgang mit Dok-
umenten zu erzählen. Die Rolle des Biedermanns steht

Ihren-Clemenceau so, wie einem alten Wolf im Lam-
pel.

Wir wissen nicht, ob Prinz Sixt bereits sich zu dem
neuesten Stücklein Clemenceaus geäußert hat. Dieses
Stücklein ist gründlich vorbeigeklungen und der „Tiger“
hat wieder einen seiner wenigen Zähne verloren. Er hatte
hofft, durch sein Fälscherstückchen Zwiespalt zwischen Wien
und Berlin zu verurteilen. Entlarvt, heult er seine Wut
in einer Tonart hinaus, die dem Pariser Rinsten an-
gemessen ist. „Es gibt Leute, deren Gewissen verdorben
ist“, sagt Clemenceau, der Mann mit den unfauberen
Panama-Fingern. „Kaiser Karl verfällt, in der Unmöglich-
keit, ein Mittel zu finden, das Gesicht zu wahren, darauf,
zu schwören wie ein Jesuit.“

Mit solchem Galgenhumor beweist Clemenceau nur,
wie sehr bitter seine Enttäuschung ist. Kaiser Karl läßt
nochmals die Fälschung feststellen und erklärt damit die
Sache für beendet. Mit politischen Gegnern, die in der
Sprache leiserer Pariser Marktweiber reden, gibt es keine
Diskussion.

Aber eine andere Antwort trifft Herrn Clemenceau.
Bereits am 11. April hatte Kaiser Karl dem Deutschen
Kaiser versichert, er stehe treu zu Deutschland, und am
14. April sagt er in einer neuen Depesche: „Die An-
schuldigungen Herrn Clemenceaus gegen mich sind so
niedrig, daß ich nicht gekommen bin, mit Frankreich über
die Sache ferner zu diskutieren. Unsere weitere An-
wort sind die Kanonen im Westen.“

Herr Clemenceau hat also, wenn das überhaupt noch
möglich war, das Gegeir in seines Zieles erreicht. Er
hat Deutschland und Österreich noch fester aneinander ge-
kittet und muß seine letzte Hoffnung endgültig begraben.

Seine Leiborgane verkünden, Clemenceau habe seinen
Krieg befragt, wie lange er noch zu leben habe, da er noch
vier Monate brauche, um seine Aufgabe für Frankreich
zu erfüllen. Nach den Vorgängen der letzten Tage täte
Herr Clemenceau gut, einen Spezialarzt zuzuziehen: einen
Kleidenarzt.

113 Milliarden!

(Von einem finanzwirtschaftlichen Mitarbeiter.)

Der Krieg hat plötzlich das Zahlenempfinden gewandelt.
Schon das Ergebnis der ersten Kriegsanleihe stürzte die
alten Anschauungen um. Mit einem Schlag hielt man
jede Summenangabe für möglich. Als im Frieden
dem deutschen Volke eine Billionenmarke anverleitet wurde,
sprachen die Schwärzler von Unmöglichkeit. Da
Milliardenbegriff war damals noch nicht zum Gemein-
heitsbegriff geworden. Die Milliarde war etwas Unan-
denkbares, etwas nur in den Büchern der Utopisten und
Wohlfühlenden, eine Spezialität der Astronomen, die man
so halb und halb zu den Verirrten rechnete. Heute ist
das ganze Volk von Milliarden, von Billionen, von
Hundertmilliarden. Die Milliarde hat nichts imponierendes
mehr und wenn man überfallen will, so muß man etwa
den Billionenumfang der Reichsbank zitieren. Milliarden
sollen, Milliardenleuten, Milliardenumlage, das sind All-
täglichkeiten geworden. Diese unerhörte Begriffsveränderung
ist erstaunlich und gefährlich zugleich. Gefährlich, weil
dadurch die Geldbedürftigkeit verallgemeinert wird, weil
das Rechnungswesen des einzelnen Haushaltes bedroht
wird, das Rechnen mit dem Großen, der Spargelb des
Volkes, den wir für die Zukunft so sehr brauchen. Des-
halb soll der Finanzkritiker jede derartige Ziffernangabe
mit der Warnung noch antworten verziehen, doch nicht die

Spargelb zu vergrüßeln, sondern dort nach altem Brauch
Taler um Taler aufzuschieben. Denn Ersparnis ist erst
rechtes Eigentum, wird zum doppelten Gewinn und zum
Segen für die Mitkommen und die Nachkommen.

An der Begriffsveränderung haben unsere Großbanken
erheblich mitgewirkt. Durch ihre Kassen laufen Ramm-
beträge, zusammengefaßt aus Klein- und Mitteleinlagen
und den Riesenguthaben. Wenn die Großbanken auch bei
weiterem nicht die Umsatzziffer der Reichsbank erreichen, so
find doch auch ihre Ziffern imponierend. Die Dresdner
Bank beispielsweise, die soeben ihren Abschluß für 1917
bekanntgibt, hat den Gesamtumsatz von rund 87 Milliarden
im Vorjahre auf 116 Milliarden gesteigert. In dieser
Erweiterung drückt sich die rasende Schnelligkeit des Um-
satzes unserer Vorräte und unseres technischen Apparates
aus. Die ungeheure Flüssigkeit des deutschen Geldmarktes,
die die dichten Ströme in die Bankkassen drängt, ist nichts
anderes als das Gegenstück des raschen Verbrauchs unserer
Materialien und Vorräte. Zum erheblichen Teil wenigstens.
Sam anderen ist sie die Folge der sogenannten Inflation,
das heißt der Durchleitung des ganzen Zahlungsverkehrs
mit riesigen Mengen Papiergeld. Während des Krieges
aber nicht die finanzielle Notlage auf den Frieden
und hauptsächlich auch der Finanzierung des Kampfes.
Die Kriegskostenbedeckung wäre gar nicht möglich ohne eine
außerordentliche Flüssigkeit des Geldmarktes. Die In-
dustrie insbesondere hat fortwährend umfangreiche über-
schüssige Beträge zur Verfügung, die in den Bankkassen
als Guthaben erscheinen. Das Aufschwellen der Guthaben
zu niemals erlebten Höhen ist auf die gekennzeichnete
Entwicklung zurückzuführen.

Selbstverständlich hat die Dresdner Bank aus dieser
Umsatzvermehrung erhebliche Gewinnsteigerungen verbuchen
können. Der Bruttogewinn wuchs von 49 Millionen Mark
im Jahre 1916 auf 58 Millionen Mark im Jahre 1917
und der Reingewinn von 30 Millionen Mark auf
36 Millionen Mark. Allerdings beläuft es die Vermehrung
der der vorjährigen Dividende von 8 1/2 %, mit der sie
wieder die Friedensdividende von 1913 erreicht hatte.
Die Aktionäre können mit dem Satz wohl zufrieden sein
und die Verwaltung bleibt mit der Richterdhöhung auf
dem Wege ihrer Friedensstrategie. Die übrigen
Großbanken haben durchweg ihre Dividenden mehr oder
weniger heraufgesetzt.

Die außerordentlichen Geldmittel der großen Kredit-
institute haben, wie angedeutet, der Kriegsförderung er-
hebliche Dienste geleistet. Die Dresdner Bank hat auf
sieben Kriegsanleihen nicht weniger als 4 Milliarden Mark
Beichnungen vermittelt. Aber das Aufschwellen der Um-
sätze hat noch andere Folgen, die der Finanzkritiker mit
geringerer Freude begrüßt. Die Großbanken sind geradezu
gezwungen, ihren Geschäftskreis immer weiter auszu-
dehnen, wenn sie nicht in Zeiten abflauerender Konjunktur
ins Hintertreffen geraten wollen. Daher hat die Groß-
bankaufschwung im Kriege bedeutende Fortschritte gemacht.
Die Dresdner Bank hat sich im Jahre 1917 die wichtige
Rheinisch-Westfälische Disconto-Gesellschaft angegliedert
und die Aktien der Markischen Bank in Bochum er-
worben, die noch nicht in ihrem Besitz waren. Auf
solche Weise hat das Zentralinstitut seine Fuß-
stiefel in die reichsten Industriegebiete Deutschlands ge-
streckt. Das Filialnetz ist weiter und dichter ge-
worden und hat auch vor den Landkreisen nicht halt
gemacht. Überall hin dringen die Berliner Institute.

Dunkle Pfade.

Roman von Reinhold Ortmann.

Nachdruck verboten.

„Aufsichtsmörder sind nach ihrer Tat selten bei ganz
klarem Verstande. Aber das alles steht so augenblicklich
nicht in Rede.“ Darf ich Sie um eine Antwort auf meine
Frage bitten?“

„Gewiß! — Gewiß! — Sie wünschen zu erfahren,
ob ich am Abend vor der Tat solche neuen Scheine in
meinem Geldschrank hatte?“

„Ja, das möchte ich wissen. Als dem Kassierer sollte
ihnen doch eigentlich bekannt sein.“

„Noch einmal rief ich Paul Brande die Schweifbedeckte
Stirn. In den Ädern, die wie blaue Stränge unter
der Haut seiner Schläfen lagen, pulsierte sichtbar, das
Blut. Es war augenscheinlich eine sehr angestrengte Ge-
dankenarbeit, die er verrichten mußte, um sich über sein
Antwort schlüssig zu werden. Als er, zum aber erfolglos

hinaus ebenfalls fest und bestimmt mit seine Aussagen auf
Vormittag.

„Natürlich ist es mir bekannt. Da uns gestern
großer Zahlungen bevorstanden, hatte ich sechsunddreißig
tausend Mark von der Reichsbankfiliale holen lassen
und sie wurden unterem Kassaboten in neu gedruckten
Banknoten ausgehändigt.“

„Aha, da hätten wir ja, was wir brauchen. Oder
waren es nicht diese neuen Scheine, die Sie gestern beim
Öffnen des Tresors entdeckten?“

Der Kassierer nickte. Alle Verwirrung und Unen-
schlossenheit war aus seinem Beten verschwunden.

„Ich kann Ihnen nicht nur bestätigen, daß die ent-
wendeten tausend Marktscheine von dem Bäckchen
der neuen Banknoten fehlten, sondern ich kann dieselben
noch mehr tun, um die Identität dieser Banknoten da mit
den gestohlenen nachzuweisen. Von meiner Tätigkeit in
einem kleineren Hause der habe ich die vielfach als
swedische Bettvorrichtung bezeichnet Gewohnheit beibehalten
mit des Abends bei Neistellung des Kassenbestandes die

Nummern wenigstens des Tausendmarktscheins in einem
besonderen Buche zu notieren. Wir werden also eine
strenge Übereinstimmung leicht konstatieren können.“

Er öffnete sein Buch und brachte ein schmales, schwarz
gebundenes Büchlein zum Vorschein. Die einzelnen Seiten
bestanden waren von oben bis unten mit langen Ziffern-
reihen bedeckt. Eines der letzten Blätter trug das Datum
des vorgehenden Tages, und Paul Brande fuhr mit seinem
finsternen Blicke an den Zahlenkolonnen herab.

„Hier — das müssen die neuen Kassenscheine gewesen
sein. Sie gehörten sämtlich der neuen Serie an. Wollen
Sie die Freundlichkeit haben, die Nummern mit denen
der in Ihren Händen befindlichen Banknoten zu ver-
gleichen?“

Fortsetzung folgt.

Schluss der Zeichnung auf Donnerstag 1. Mai

der Zeichnung auf
Kriegsanleihe:

Nicht nur in große und mittlere Provinzhäute, auch in kleinere Orte. Wo nur irgend etwas zu holen ist, wird eine Großbankfiliale errichtet oder ein bestehendes Bankgeschäft in den Nachbereich der Großbanken gebracht. Man kann beinahe heute schon von einer überragenden Beherrschung des gesamten deutschen Bankgeschäftes durch die Berliner Großbanken sprechen. Die noch frei gebliebenen Selbständigkeiten sind wohl zahlreich aber nicht ausschlaggebend. Sie sind außerdem fortwährend von Berlin bedroht. Oft begeben sie sich gern in die Abhängigkeit, wenn ihnen eine Gewinnsicherung, ein Aufsichtsratsposten, der Direktorentitel oder dergleichen winkt. Das ist eine keineswegs unbedenkliche Entwicklung. Die deutsche Volkswirtschaft ist durch den Lückentilgungskredit groß geworden, der auf der Personalverbindung von Bankier und Kunden beruht. Der Großbankkredit ist schematisch, er wird nach Berliner Grundrissen gelenkt. Die Rücksichtnahme auf lokale Bedürfnisse, auf persönliche Kraft und Zukunft des Kreditnehmers hört auf. Oft genug ist den Provinzbanken und Bankfirmen der Zusammenschluß gegen diesen Einbruch in ihre Sphäre angetan worden. Aber tausend Interessen, Lässigkeit und Furcht standen dagegen. So müssen sie nun die Geldbesitzer unabweislich fortstempeln. Ich glaube, es ist heute für eine Abwehrovereinigung beinahe schon zu spät. Helfen kann nur eine Bankreform, eine Kontrolle der Milliardenverwendung, die auch dem „kleinen Mann“ gerecht wird.

Weitere Erfolge an der Lys.

Mitteilungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus.
Großes Hauptquartier, 16. April.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Angriffe auf dem Schlachtfeld an der Lys führten zu vollen Erfolgen. — Die großen Sprengtrichter aus der Witschaete-Schlacht 1917 wurden im Sandstreich genommen. Nach kurzem Feuerkampf erklärten wir in überraschendem Angriff Walvergem und die feindlichen Stellungen beiderseits des Ories. Gegenüber englischer Kompanien brachen wir zusammen. Von der Ebene heraus erstiegen unsere Truppen im Angriff die Höhen zwischen Riemweltere und Baiden und entziffen sie im heftigen Nahkampf dem Feinde. Englische Angriffe gegen Locou scheiterten.

An der Schlachtfeldfront zu beiden Seiten der Somme nahm der Artilleriekampf nur am Luce-Bach, in der Gegend von Moreuil und Montdidier größere Stärke an. Bei Abwehr eines von Engländern und Franzosen gemeinsam durchgeführten Angriffs nördlich vom Luce-Bach machten wir Gefangene.

Am Oise-Münste-Kanal und auf dem Westufer der Mosel führten wir erfolgreiche Unternehmungen durch.

Osten.

Finnland. In Rovani (östlich von Helsingfors) nach Abwehr schwerer Feindverhältnisse gelangten Truppen über Vapptaa nach Norden vor, brachen mehrfach feindlichen Widerstand und haben die von Tammelfors nach Wiborg führende Bahn östlich von Risti erreicht.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Die kampfmüden Engländer.

Der englische Kriegsberichterstatter berichtete von der nordfranzösischen Front: Viele unserer Mannschaften sind so ermüdet von wochenlangen Kämpfen, daß sie sich kaum noch auf den Beinen halten können: trotzdem leisten sie fortwährenden Angriffen Widerstand. Oft kämpfen sie wie Schlafwandler weiter und wenn eine Pause im Kampf eintritt, legen sie sich auf offenem Felde in die Gräben oder unter Decken und fallen in einen tiefen Schlaf, bis sie wieder aufgeweckt werden. Einige von den Deutschen haben, mit einigen Tagen Pause, schon seit dem 21. März im Gefecht.

Welche Reserven sollen helfen?

Englands öffentliche Meinung ist über die Erfolge der deutschen Offensive sehr bestürzt. Mit so schneller Fortschritten hatte man nicht gerechnet. Allgemeinen Erachtens konnten die gewaltigen Niederlagen vermieden werden, wenn die englische Führung nicht gänzlich verlagert hätte. Die Engländer sehen sich selbst einer maßlosen Unterschätzung der Deutschen. Bisher glaubt der größte Teil des Volkes an keinen Sieg der Waffen und hält ein Weiterkämpfen schon wegen der zunehmenden Lebensmittelmangel für zwecklos. Englands einzige Hoffnung sind die französischen Reserven, deren Einsatz das englische Heer vor weiteren Niederlagen schützen müsse. — Im Gegensatz dazu erklären die französischen Blätter einmütig, Englands Reserven müßten jetzt reiflos eingesetzt werden, denn eine Bedrohung von Paris sei für England ebenbürtig gefährlich als eine Bedrohung Londons. So weit ist es mit den Verbündeten gekommen.

Luftangriffe auf die Helmat.

Im Monat März.

Berlin, 16. April.

Der Gegner benutzte die im März besonders günstige Wetterlage zu 12 größeren Angriffen auf das lothringisch-saarburgische Industriegebiet und 11 Angriffen gegen die Städte Mainz, Unterlößel und Campt, Coblenz, Freiburg i. Br., Zweibrücken, Kaiserlautern, Mannheim-Ludwigshafen, Köln sowie einige Städtchen in der Pfalz und im Rheinland. Trotz des Einsatzes starker Geschwader resultierten die Angriffe keinerlei militärischen Erfolg.

Bei den Angriffen auf das Industriegebiet an der Saar und an der Mosel fanden Betriebsstörungen von legendärem Belang statt; auch der in der Nacht vom 24./25. 3. mit einem Aufgebot von 50 bis 60 Flugzeugen unternommene Angriff blieb völlig wirkungslos. Ebenso erfolglos war der Angriff auf die badische Nitro- und Sodafabrik bei Mannheim-Ludwigshafen am 18. 3. Der einzige militärische Schaden, den die Angriffe richteten, war das Inbrandgehen einiger Wagen mit Benzol. An nichtmilitärischen Gebäuden wurde überall einiger Sachschaden angerichtet. Bei dem Angriff auf Freiburg am 18. 3. wurden außer mehreren Privathäusern die Martinskirche und ein Krankenhaus erheblich beschädigt. Den Angriffen auf das Saargebiet fielen 5 Tote, 4 Schwer- und 11 Leichtverletzte zum Opfer. Die Verluste bei den Angriffen auf die oben genannten offenen Städte waren, hauptsächlich infolge des unvorsichtigen Verhaltens eines Teils der Bevölkerung höher als in den Vormonaten: sie betrugen insgesamt 23 Tote, 22 Schwer- und 10 Leichtverletzte. Der Feind künfte diese Angriffe mit einem Verlust von 8 Flugzeugen.

Im Mittelmeer versenkt.

Wieder 25 000 Tonnen.

Berlin, 16. April.

Amfisch wird gemeldet: Im Sperrgebiet des mittleren Mittelmeeres versenkte deutsche und österreichisch-ungarische 1-Boote 6 Dampfer, die in gefährlichen Geleitzügen fuhren, und 2 Segler. Zusammen mindestens 25 000 Br.-Reg.-Tn. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Kleine Kriegspost.

Rotterdam, 16. April. Der englische Ministerrat hat die Einführung eines neuen Kriegskredits von 500 Millionen Pfund (10 Milliarden Mark) beschlossen.

Vern, 16. April. Nach Meldung des „Corriere della Sera“ ritt in Italien laut Regierungserlass zu den beiden fleischlosen Tagen in der Woche ein dritter hinzu.

Berlin, 16. April. In italienischen politischen Kreisen ist man der Meinung, daß das Land zu Verhandlungen mit dem Feinde gezwungen sei, wenn die Verbündeten nicht bald ausreichend Lebensmittel, Kohlen und Hilfstruppen senden.

Berlin, 16. April. Nach italienischen Blättern hat die griechische Regierung bis jetzt 250 000 Mann mobilisiert, die unter Leitung französischer Offiziere ausgebildet werden sollen.

Lugano, 16. April. Auf Veranlassung der italienischen Regierung organisierten die politischen und wirtschaftlichen Vereinigungen eine allgemeine Mobilisation aller Nichtmilitärdienstpflichtiger, um den Ausfall an Arbeitskräften zu bedenken.

Kaiser Wilhelm an Livland und Estland.

Berlin, 16. April.

Der Kaiser hat an den Vorsitzenden des gemeinsamen Landestages in Riga, Landesmarschall Pilsar, folgende Drahtung gerichtet:

„Der Mit in so herzlicher Weise dargebrachte Dank des Landesrates von Livland, Estland, Riga und Curland für die Befreiung der alten Ordenslande von ihrer Bedrängnis hat mich tief gerührt. Ich danke Gott von Herzen, daß er mich und meine Armeen das Werkzeug für diese Befreiung hat sein lassen und mich die Möglichkeit gegeben hat, die Zukunft der alten, durch deutsche Arbeit geschaffenen Lande auf eine sichere Grundlage zu stellen. Ich bitte den Landesrat um Anschluß an das Deutsche Reich unter meinem Schutz wird mit Wohlwollen geprüft werden. Ich nehme sie als ein Zeichen des Vertrauens zu meiner Person und meinem Hause und Deutschlands Zukunft und breche dem Landesrat meinen kaiserlichen Dank dafür aus.“

Es war voraussehen, daß der Monarch der Bitte des Landesrates in Riga nicht ohne weiteres zustimmen würde. Die Frage des Anschlusses an das Deutsche Reich wird an den zuständigen Stellen geprüft werden. Es ist aber wohl kaum ein Zweifel, daß sie in zustimmendem Sinne entschieden werden wird.

Auf eine Fuldigungsdepesche des estländischen Landtages hat Kaiser Wilhelm in einem Telegramm geantwortet, in dem es u. a. heißt: „Wächst jetzt Ruhe und Sicherheit im Lande einziehen, damit unter dem Schutze des Deutschen Reiches deutsche Art und deutsche Arbeit sich ungehindert zu hoher Blüte entfalten können.“

Prinz Sigis von Parma.

Ein verwundener Kronzeuge.

Bis zu den Enthüllungen Clemenceaus, den Brief Kaiser Karls an seinen Schwager betreffend, war Prinz Sigis von Parma, der 1886 geborene Bruder der Kaiserin von Österreich, in weiten Kreisen unbekannt. Er ist jetzt angeblich nicht auffindbar. Wenigstens behauptet das Pariser „Petit Journal“, daß Prinz Sigis seit Anfang März nicht mehr auf französischem und englischem Boden sei, was es der französischen Regierung unmöglich mache, den Prinzen um Vorlegung des Originalbriefes des Kaisers aufzufordern. Auch im belgischen roten Kreuz ist der jetzige Aufenthaltsort des Prinzen unbekannt. Da der Seuge nun „unbekannt wohin“ gezogen ist, hat es Clemenceau leicht anzukündigen, seine Regierung werde, falls erforderlich, neue Dokumente aus dem „Bosaiel Prinz Parma“ veröffentlichen. ... Andere Pariser Blätter melden indes schon vor einigen Wochen, daß Prinz Sigis mit seinem Bruder Kaver in Marokko sei, wo er bei den belgischen Kongotruppen, die dort verwendet werden Dienst tut. Trifft diese Nachricht zu, so ist Clemenceau immerhin vor der Beugenschaft des Prinzen sicher und kann ungehindert weiter „enthüllen“.



Prinz Sigis von Parma

Die im Ministerium stehenden Mitglieder der Arbeiterpartei hatten mit Lloyd George eine Unterredung über die Selbstverwaltung und die Einführung der Dienstpflicht in Irland. Die Minister setzten sich nach Kräften dafür ein, daß Irland die Selbstverwaltung gewährt werde, bevor die Dienstpflicht, der sie übrigens nicht entgegenstehen, dort eingeführt wird.

Irlands Widerstand gegen die Wehrpflicht.

Drohende Kabinettsskizze in England.

Die im Ministerium stehenden Mitglieder der Arbeiterpartei hatten mit Lloyd George eine Unterredung über die Selbstverwaltung und die Einführung der Dienstpflicht in Irland. Die Minister setzten sich nach Kräften dafür ein, daß Irland die Selbstverwaltung gewährt werde, bevor die Dienstpflicht, der sie übrigens nicht entgegenstehen, dort eingeführt wird.

Durch diese von Reuter verbreitete Meldung wird das Gerücht bestätigt, daß die Arbeitsminister zum Austritt aus dem Kabinett entschlossen sind, wenn Irland die Dienstpflicht ohne Gewährung der Selbstverwaltung aufzwingen wird. Der Austritt der Arbeitsminister würde aber Lloyd George der letzten Fühlung mit den Arbeitermassen berauben — er würde sich vor unüberwindlichen Schwierigkeiten sehen!

„Lieber in Irland als in Flandern sterben!“

Der Sinnfeind-Führer Devalora sagte in einer Rede in Lullamore, in der er die von einem Teil der englischen Presse empfohlenen Zwangsmaßnahmen gegen Irland kritisierte, Irland höre nicht zum ersten Male die Mahnung, daß die Engländer nicht zögern sollten, zu schießen. Er erwiderte, daß Irland Gott sei Dank Männer besitze, die verstehen, darauf zu antworten und dieses Spiel des Schießens zu zweien zu spielen. Es gäbe nur einen Weg, die Einführung der Militärpflicht zu Fall zu bringen. Die Irländer könnten nur einmal sterben, und es wäre besser, dabei in Irland als in Flandern durch deutsche oder von den Deutschen erbeutete britische Kanonen den

Tod zu erleiden. Was erme - soll müßte wie ein Zusammenstehen und jeden Versuch der Einführung der Dienstpflicht bis zum Tode Widerstand leisten.

England beginnt zu bereuen.

Durch die drohende Unruhe in Irland ist die öffentliche Meinung in England außerordentlich beunruhigt. Die Unruhe wird verstärkt durch die amerikanischen Stimmen, die fast durchweg die Einführung der Dienstpflicht in Irland festig widersprechen. Die Berichterstattung bringt ein Artikel der „Daily News“ zum Ausdruck, dem es heißt: „In Irland ist man bereit, der Notwendigkeit aushebung durch eine fremde Macht (1) äußerster Widerstand zu leisten. Es werden sich nicht nur die Männer, sondern auch die Frauen bis zum Tode widersetzen. Ist die wohlwollene Ansicht von Seiten, die Irland kennen. In dieser Frage sind Verhandlungen unmöglich. Die Annahme, daß die Wehrpflicht als Preis für die Selbstverwaltung hingenommen werden würde, verurteilt so flaggliche Unvorsichtigkeit gegenüber den Engländern in Irland, daß es unmöglich ist, sich mit ihnen einmütig auszusprechen, die ernstlich daran gehen, die allgemeine Wehrpflicht könnte nur als freie Maßnahme einer freien autonomen Gesetzgebung durchbringen. Seitdem kann England natürlich eine Armee nach Irland entsenden, um eine Division holen zu lassen. Man wird um den Preis von sehr bedeutenden Verlusten, halten, und Amerika wird Zeuge dieser Vorfälle sein.“ Gleichwohl muß England — nun einmal auf der schiefen Bahn — Männer für die Front haben. Und es ist, um 10 000 Mann zu bekommen, die Russen nicht ins Meer werfen, so wird es auch mit Gewalt die Wehrpflicht zum Dienst pressen — wenn nicht die Entwicklung der Dinge stärker ist, als der Wille der englischen Regierung.

Aus dem Gerichtssaal.

3. Verurteilte Mörder. Das Obergericht in Gießen verurteilte die Mörder Bubolz und Kühne von der 1. Verurteilung 8. die von dem auf Urlaub befindlichen Richter, Hauptmann Temme, bei Wangerau beim Wilderjagd wurden und ihn schwer mißhandelt hatten, a. 10 Jahren, 3 Monaten Zuchthaus und Entfernung aus dem Heere, bezw. 3 Jahren 1 Monat Zuchthaus und Entfernung aus dem Heere.

Deutscher Reichstag.

(148. Sitzung.)

16. April.

Das Haus ist bei der Wieder-Eröffnung der Sitzung ziemlich gut gefüllt. Eingegangen sind die neuen Strafvorlagen.

Vizepräsident Dr. Paasche eröffnet die Sitzung mit Worten des Dankes für die treuen Vaterlandsverteidiger, die in schweren Kämpfen im Westen durchgefallen. Zur Beratung kommen zunächst eine große Zahl

Keiner Anfragen.

Abg. Begter (W.) weist auf die Schädigung der Kleinrentenbesitzer hin. Unterstaatssekretär Dewald antwortet, daß hier die einzelnen Bundesstaaten eingreifen müßten. Abg. Belsars (konf.) fragt nach der notwendigen Beschäftigung menschlicher und tierischer Arbeitskräfte für landwirtschaftliche Frühjahrsarbeiten. Oberst a. Br. erklärt, das Kriegsamt habe für die rechtzeitige Beschäftigung durch Verleihung und Zurückstellung vorgesorgt. Abg. Sed (Soz.) regt Abmachungen zur Schonung offener Städte beim Luftkrieg an. Ein Regierungsvertreter sagt, eine Anfrage des Feindes in dieser Richtung sei bisher nicht eingegangen, wenn sie eingeht, würde sie geprüft werden. Ein elstfischer Abgeordneter beklagt sich über den antisemitischen Film „Der Antiquar von Strohburg“. Ein Vertreter des Reichstages befragt, das Verhalten gegen den Film erhoben worden könnten. Der neugewählte Zentrumslg. Greber möchte reichsgesetzliche Regelung des Schadenersatzes für Film Schäden. Die Regierung antwortet, derartige Maßnahmen seien bereits vorgesehen, so daß eine Neuverteilung nicht notwendig sei. Nun folgt die Weiterberatung der Vorträge auf Überwachung der Heeresbetriebe, d. h. die an

Fall der Daimler-Werke

sich anschließenden Erörterungen. Abg. Reimath (natl.) erklärt den Fall Daimler für dauerlich. Er dürfe aber nicht verallgemeinert werden. Bei einer allgemeinen Überzeugung des Reiches könne nicht die Rede sein. Wenn der Friede kommt, werden die Werke selbst finden, eine künstliche Preisregulierung sei nicht möglich. Bei der künftigen Preisgestaltung sollten auch die Organisationen des Handels usw. gehört werden.

Abg. Schiele (konf.) legt ebenfalls Verwahrung gegen die Verallgemeinerung ein. Unsere Industrie hat Grobes gelernt und wenn uns die englische als Muster hingestellt wird, muß doch gesagt werden, daß es auch andere Beispiele für mangelnde Vorbereitung gibt. Sollte sich im Falle Daimler ergeben, daß nicht eine Ausnutzung der Konjunktur, sondern auch der Mangel des Vaterlandes vorliegt, so wird die Verurteilung aller sein. Im Falle Behr-Bülow sind schwere Beschuldigungen erhoben worden, die nicht begründet sind. Der Abgeordnete Roske hat von der Schlinge des Privatkapitalismus und der deutschen Wirtschaften des Kapitalismus gesprochen. Es ist dankenswert, denn es zeigt, daß die Sozialdemokratie immer an ihrem Programm der Entkapitalisierung festhält.

Abg. Ramm (Dsch. Frakt.): Es ist kein Wunder, daß diesem Kriege neben dem Geldgeist sich auch der Daimlergeist zeigt, jener Daimlergeist, der seinerzeit den Nationalismus herbeiführte. Auch diese Mängel sind dem mangelhaften Vorbereitung verursacht. Als in den ersten Kriegstagen der damalige Kriegsminister ins Hauptquartier reiste und die meisten seiner Unterführer folgten, trafen vielfach ungeeignete Männer an deren Stellen auf Vorder- und Hintertreppen drängte sich die Menge, alles mögliche anzubieten. So wurde es a. B. möglich, daß ein Berliner Varietédirektor ein halbes Dutzend Kriegsaufmarschmärsche an armen-normierte.

Abg. Dente (N. S.): Die Heeresverwaltung hat gegenüber der Rüstungsindustrie eine wahre Vornahme an den Tag gelegt. Nicht nur die Daimler-Werke stehen unter Aufsicht, sondern auch die Verwaltung, die sich größtenteils auf sich selbst verlassen. Mit Produktionsverringern soll auch die Kriegsindustrie in Überdord gedroht haben. Gegen die Arbeiter in den militärischen Betrieben steht man ganz anders auf, und da mag man noch das Lob des Kapitalismus singen, der die augenblickliche Notlage in Schamlosigkeit ausbeutet. Es handelt sich nicht um Einzelfälle, sondern um das ganze kapitalistische System. In Anbetracht solcher Verhältnisse haben die Arbeiter durchaus das Recht, Arbeit zu verweigern. (Hört, hört! bei der Rede, lebhafter Beifall bei den N. S.)

General Scheuch: Es ist nicht wahr, daß die Gemeindeführer in Oberdord mit der Produktionsverringern gedroht hat. Wenn Herr Dente am Schluß seiner Rede mit dem Streik gedroht hat, wird er uns auf dem Posten finden und bisser. (Lebhafter Beifall bei der Rede.)

Im Verlauf der weiteren Aussprache behauptete die Roske (Soz.) unter anderem, die Senur bestrebe, die großen Stände zu verkleinern: die Straßenschilder, der Mannesmann-Werke und anderer rheinischer Werke, Steuerhinterziehung und Befreiung von Heeresangehörigen.

Nach kurzen Ausführungen des Abg. Dausmann wird die Entschließung des Ausschusses angenommen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 8 Uhr.

Don't forget to check out the new book by the author of this column, *The Art of the Interview*, available now from the publisher, www.mhprofessional.com.